

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverladort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Reichsstraße 14, Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Preis Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengeld 6 Pfg., Kellernpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 266

Donnerstag, den 27. September 1934

Jahrgang 1934

Barthou dringt nicht durch.

England gegen eine Wiederholung der Februar-Erklärung zur österreichischen Frage.

Die Arbeit der Kommissionen beendet.

DNB Genf, 26. September.

In der österreichischen Frage ist es am Mittwoch in Genf verhältnismäßig ruhig gewesen. Hinter den Kulissen werden aber immer noch Verhandlungen geführt. Es handelt sich, wie man von verschiedenen Seiten hört, hauptsächlich um die Abfassung einer Erklärung, deren Veröffentlichung am Donnerstag erfolgen soll, falls man sich auf einen gemeinsamen Text einigt. Es bestanden noch viele Meinungsverschiedenheiten. So ist es noch immer völlig unklar, ob es gelingt, diese Erklärung irgendwie in Verbindung mit dem Völkerbund zu bringen. Die überwiegende Meinung geht immer noch dahin, daß dieser Plan am Widerstand Italiens scheitern müsse.

So spricht man heute hauptsächlich von einer Erklärung, die außer von den drei Großmächten Frankreich, England und Italien auch noch von der Kleinen Entente unterzeichnet sein würde, doch wird von englischer Seite verweigert, daß der englischen Abordnung noch kein Text dieser Art vorgelegt worden sei.

Auch von Seiten der Kleinen Entente hört man, daß sie die Erklärung, die ihr möglicherweise von den Großmächten zur Mitunterzeichnung vorgelegt werden soll, erst sehr genau prüfen müßte.

Falls es nicht gelingen sollte, die Ansichten von den drei großen Mächten auf einen Nenner zu bringen, so wird einfach an eine Wiederholung und Bestätigung der Erklärung der drei Großmächte vom 17. Februar d. S. gedacht, was

in Wirklichkeit nur den Zusammenbruch aller Verhandlungen und das Scheitern aller Pläne in der österreichischen Frage unterstreichen würde.

Wie man von englischer Seite hört, hat England es abgelehnt, sich an einer einfachen Wiederholung und Bestätigung der österreichischen Garantie-Erklärung vom Februar zu beteiligen, da es in einer solchen Wiederholung eher eine Abschwächung der Garantie sehen würde. England würde es dagegen begrüßen, wenn sich andere Staaten dieser Garantie-Erklärung jetzt anschließen würden. Wie man weiter hört, sind Versuche im Gange, die Kleine Entente dazu zu bestimmen, sich an der Garantie-Erklärung vom Februar zu beteiligen, doch scheinen von Seiten der Kleinen Entente auch hier noch Bedenken zu bestehen.

Ob darüber hinaus auch noch andere Staaten für die Unterzeichnung der Garantie-Erklärung in Frage kommen, muß aber als zweifelhaft, wenn auch nicht als völlig ausgeschlossen gelten.

Die Arbeiten der Kommissionen der Völkerbundsversammlung sind am Mittwoch beendet worden. Auch die politische Kommission hat im Laufe des Nachmittags ihren Bericht angenommen, der vor allem die Minderheitenfragen und den Chaco-Streit umfaßt. Die Vollversammlung wird sich am Donnerstag mit Lageberichten zu befassen haben, soweit es nicht schon am Mittwoch in der kurzen Nachmittags-Sitzung geschehen ist, die im übrigen sehr belanglos war.

Mißstimmung in Paris.

(1) Paris, 26. September.

Die Verhandlungen in Genf, die mit einem Mißerfolg für Frankreich auf der ganzen Linie endeten, haben in der Pariser Presse eine ziemlich Mißstimmung ausgelöst.

Die österreichische Angelegenheit, schreibt Vertinaux im „Echo de Paris“, sei auf einem toten Punkt angelangt, weil die italienische Regierung freie Hand in Mitteleuropa verlange. Wie stark auch der Wunsch der französischen Regierung sei, sich mit Mussolini zu verständigen, so sei es für Frankreich doch unmöglich, dieser italienischen Forderung stattzugeben. Barthou könne unmöglich noch einmal in den Fehler Paul-Boncour und de Soudan verfallen, die durch den Abbruch des Vierer-Paktes den Verlust der Zusammenarbeit mit Polen herbeigeführt hätten.

Das Blatt ist in Übereinstimmung mit allen großen Blättern der Ansicht, daß sich der französische Außenminister in Ermangelung eines Besseren wahrscheinlich darauf beschränken werde, von Italien und England eine Wiederholung der bereits am 17. Februar abgegebenen Erklärung zu Gunsten der österreichischen Unabhängigkeit zu fordern.

Der Kleinen Entente soll anheim gestellt werden, sich dieser Erklärung anzuschließen. Erst in Rom würde Barthou dann versuchen, die italienische Regierung zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen. Das „Devoir“ wirft Italien vor, eine Hegemonie in Osteuropa zum Schaden aller anderen benachteiligten Staaten errichten zu wollen. Ganz besonders eigentümlich findet das Blatt die Haltung der österreichischen Vertreter in Genf selbst, die keineswegs zu bedauern schien, daß die Frage der österreichischen Unabhängigkeit mit in den Rahmen des

Völkerbundes aufgenommen werden sollte. Sie gaben sich im Gegenteil den Anschein, als ob sie eine solche Lösung nur begrüßten.

Vom „Matin“, wie auch von anderen Zeitungen, wird die Haltung der Schweiz in der Frage der Neutralität einer Saarpolizei stark verurteilt. Das Blatt erklärt, daß die Schweiz das erste Mal, da man sich im Interesse des Friedens an sie wende, auf ihre Neutralität pochte und sich einer moralischen Pflicht zu entziehen versuche.

Die Ablehnung Aloiss, sofort Beschlüsse über die zukünftige Regelung gewisser Fragen zu fassen, wird vom „Echo de Paris“ als eine bewußte Antwort auf die französischen Forderungen in der österreichischen Frage ausgelegt. Es scheint, so schreibt das Blatt, als ob Aloiss noch unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen über die österreichische Unabhängigkeit gestanden habe. Barthou habe dies dem italienischen Vertreter in einer privaten Aussprache auch zu verstehen gegeben und ihn gefragt, ob der Umstand, daß in der österreichischen Frage gewisse Meinungsverschiedenheiten beständen, genüge, sich auch noch in der Saarfrage zu zeigen.

Die Unterredung Barthous mit Litwinow hat nach Ansicht hiesiger Blätter keinen neuen Gesichtspunkt zu Tage gefördert. Besonders die Verhandlungen über den Ostpakt seien nicht gelungen auf dem toten Punkt angelangt, solange die Antwort Polens noch ausstehe.

Ein Vorstoß Litwinows zur Abrüstungsfrage.

DNB Genf, 26. Sept.

Litwinow hat am Mittwoch ein Schreiben an den Präsidenten der Völkerbundsversammlung gerichtet, in

dem er bittet, die Versammlung mit dem bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz zu beauftragen. Die Völkerbundsversammlung soll dann den Völkerbundsrat ersuchen, seinerseits zu der gegenwärtigen Lage der Abrüstungsfrage Stellung zu nehmen.

Damit würden die Völkerbundsorgane zum ersten Mal wieder in die Abrüstungsfrage eingreifen, deren Behandlung bisher dem Präsidium der Abrüstungskonferenz bzw. den wirklich maßgebenden Mächten überlassen blieb. Ueber den Sinn und Zweck des jetzt erfolgten Vorstoßes sind verschiedene Ansichten zu hören. Die einen glauben, ihn auf Gründe der sowjetrussischen Innenpolitik zurückzuführen. Andere wieder glauben, daß es sich um einen Versuch der Liquidierung der Abrüstungskonferenz durch den Völkerbundsrat handelt.

Der deutsche Gesandte in Bern bei Aloiss.

DNB Genf, 26. September.

Der deutsche Gesandte in Bern, Freiherr von Weizsäcker, ist am Mittwoch morgen zu einer Besprechung mit dem Vertreter Italiens, Baron Aloiss, in Genf eingetroffen. Die Unterredung fand am Mittwoch statt. Sie hatte nur den Charakter einer Führungsnahme, bei der Entscheidungen naturgemäß nicht getroffen werden konnten. Wie erwartet, wurde dabei die Frage der Verstärkung der Polizei im Saargebiet besprochen.

Barcelona gegen Madrid.

Offene Auslehnung der autonomen katalanischen Regierung.

DNB Madrid, 26. Sept.

In letzter Zeit haben sich die Fälle gehäuft, in denen die autonome Regierung Kataloniens ihrer Zentralregierung in Madrid Widerstand entgegensetzt. Mittwoch veröffentlicht die Madrider Morgenpresse ein Schreiben des Präsidenten der katalanischen Regierung an den spanischen Ministerpräsidenten, das einer direkten Auslehnung gleichkommt. Die Zentralregierung hatte die katalanische Regierung ersucht, die Gewissensfreiheit und die Unverletzbarkeit der dortigen Richter zu achten und den Präsidenten Kataloniens, der gleichzeitig die Rolle des Vertreters des spanischen Staates in Katalonien spielt, beauftragt, dem obersten Richter mitzuteilen, daß die letzten Anordnungen des katalanischen Justizministers jeder rechtlichen Grundlage entbehren. Daraufhin schrieb der katalanische Präsident dem spanischen Ministerpräsidenten, er müsse den Ausdruck „ich verfüge, daß“, den der spanische Ministerprä-

sident angewandt habe, energisch zurückweisen, da darin eine Unterordnung seiner Person unter die spanische Regierung zum Ausdruck käme, die er ablehnen müsse. Im übrigen bedauere er, den erwähnten Auftrag nicht ausführen zu können.

Neue Waffensunde bei spanischen Marzisten.

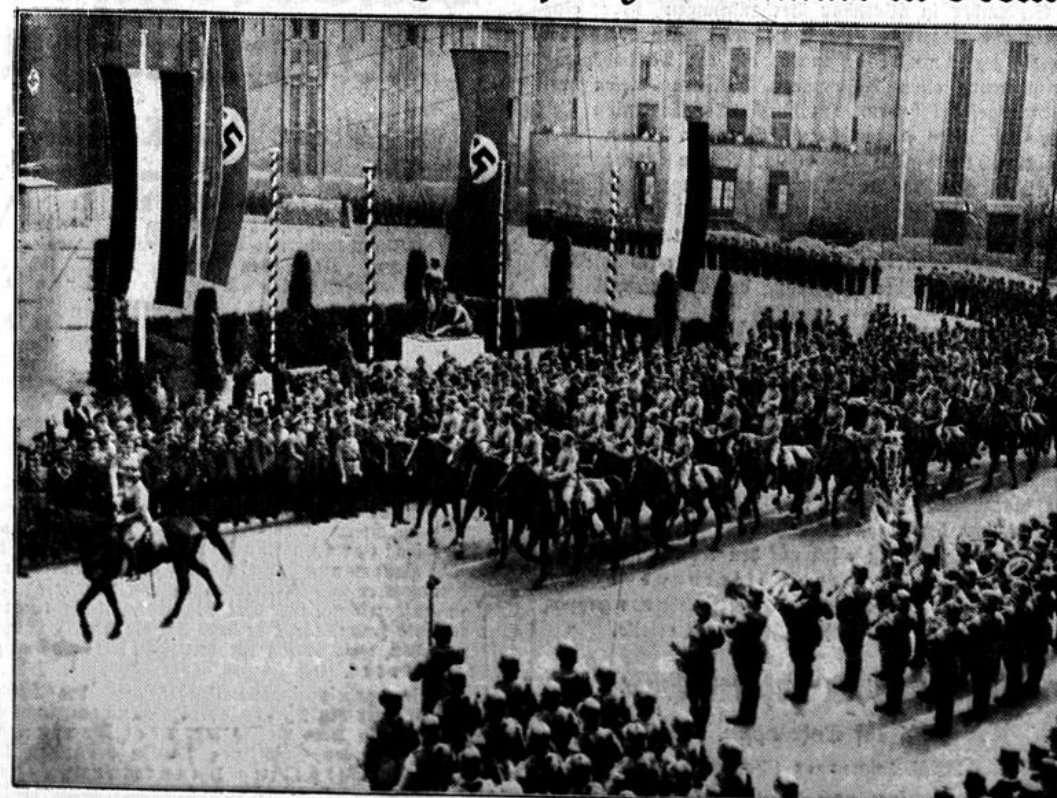
Trotski in Cadix?

DNB Madrid, 26. Sept.

Im Zusammenhang mit den marzistischen Aufständen werden neue Verhaftungen von sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten aus Monforte gemeldet, wo die Polizei ein Waffenlager mit 100 Bomben und 8000 Schuß Infanteriemunition aufdeckte.

Im Freihafen von Cadix beschlagnahmte die Polizei 10000 Stahlplatten, die angeblich von den Marzisten für die Panzerung von Kraftwagen verwendet werden sollten. Gleichzeitig wird aus Cadix gemeldet, daß dort Trotski gesehen worden sei.

Feierliche Enthüllung des Polizeidenkmals in Berlin.



In Anwesenheit zahlreicher hoher Ehrengäste der Regierung, der Partei und des öffentlichen Lebens fand am Dienstag mittag die feierliche Enthüllung des Denkmals für die in Ausübung ihres Berufs von Kommunisten erschossenen Polizeihauptleute Kulauf und Gent auf dem Hord-Wesell-Platz in Berlin statt. Das Denkmal steht auf dem Platz, der früher das rote Hauptquartier der Bolschewisten war. Unter Bild zeigt den Vorbeimarsch einer berittenen Abteilung der Landespolizeigruppe „General Göring“ vor dem Denkmal nach der Einweihung.

Rom und Belgrad.

Von unserm römischen Korrespondenten.

▲ Rom, 24. September.

Unter der Führung des „Giornale d'Italia“, dessen Direktor Virginio Gayda das außenpolitische Kongert der faschistischen Presse nach einer offiziellen Partitur zu dirigieren pflegt, hat in der vorigen Woche eine außerordentlich heftige öffentliche Auseinandersetzung mit Südslawien begonnen. Eine Abordnung italienischer Parlamentsmitglieder, die schon ihre Koffer gepackt hatte, um in Belgrad an der Interparlamentarischen Konferenz teilzunehmen, erhielt unterwegs die Befehle, die Reise abzubringen. In ähnlicher Weise haben sich die italienischen Frontkämpfer geweigert, an einem Kongreß teilzunehmen, auf dem auch eine südslawische Abordnung vertreten war. Es handelt sich also nicht um eine vereinzelte Zeitungs-polemik, sondern um eine Angelegenheit, die dem ganzen Lande und der internationalen Welt sehr deutlich ins Bewußtsein gerückt werden soll. Man wird der südslawischen Regierung vor, daß sie in ihrer Presse schwere Angriffe gegen die Waffensysteme der italienischen Armee zulasse und überdies auf südslawischem Boden die anti-italienische Propaganda der politischen Emigranten des Slaventums aus dem italienischen Jtlien begünstige. Es kommt hier nicht darauf an, zu untersuchen, wie sich in diesen Fällen Schuld und Unschuld verteilen. Die italienisch-südslawische Spannung ist seit Jahren ein wesentliches Element der europäischen Krise. Ihre öffentliche Förderung war insofern in der faschistischen Presse seit längerer Zeit unterbunden. Umso überraschender ist der neue Ausbruch gerade in diesem Augenblick.

Im Oktober soll der französische Außenminister Barthou nach Rom kommen, und man erwartet von diesem Besuch einen weit gespannten französisch-italienischen Ausgleich, dem eine Annäherung der französischen und italienischen Auffassungen in manchen entscheidenden Punkten vorangegangen ist. Zu diesem Ausgleich müßte auch eine Milderung der Spannungen zwischen Rom und Belgrad als Voraussetzung einer Verständigung Italiens mit dem französischen Bündnisystem in Osteuropa gehören. Statt dessen erlebt man jetzt eine Verschärfung dieser Spannungen. Hat das etwa zu bedeuten, daß die Vorbereitungen des italienisch-französischen Ausgleichs neuerdings auf Hindernisse gestoßen sind, deren Bedeutung man unterschätzt hatte? Aus den offenbar nicht programm-mäßig verlaufenen Bemühungen des Barons Aloiss in Genf, die auf eine neue internationale Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs abzielen, könnte man das wohl schließen. Aber bis die Dinge geklärt sind, wird man auch eine andere Vermutung nicht abweisen dürfen. Wie wäre es mit der Annahme, daß die faschistische Außenpolitik Wert darauf lege, in den Ausgleichsverhandlungen mit Paris die Opfer, die sie bei einer Annäherung an Belgrad zu bringen hätte, möglichst groß erscheinen zu lassen? Und würde dann ein großes Opfer nicht den Anspruch auf eine große Gegenleistung bedingen, eine größere Dosis, als bisher geboten worden ist? Es gibt für diese Annahme keine unbedingt zuverlässige Grundlage. Aber sie würde dem methodischen Aufbau der faschistischen Außenpolitik, deren wirkliche Ziele nicht immer nach den im Augenblick bezogenen Positionen beurteilt werden dürfen, nicht widersprechen.

Was diese wirklichen Ziele angeht, so gibt dafür ein Ereignis, das an sich der Wirtschaftspolitik angehört, eine eindrucksvolle Erläuterung: Gestern ist in Bari an der italienischen Ostküste die internationale Levante-Messe zu Ende gegangen. Sie hat sich in den fünf Jahren ihres Bestehens kräftig entwickelt. In der faschistischen Botschaft fällt ihr eine doppelte Aufgabe zu: sie soll der Landwirtschaft Apuliens einen Absatzmarkt erschließen und den Mittelpunkt für die italienischen Wirtschaftsbeziehungen zum Orient darstellen. Beide Gesichtspunkte sind dieses Jahr in der Ansprache, mit der Mussolini die Messe eröffnete, stark betont worden. Im Anschluß daran unternahm der Duce eine Rundreise durch die wichtigsten Städte Apuliens. Das gab ihm Gelegenheit, in seinen Ansprachen auf die Erfolge hinzuweisen, die der Faschismus in den Bemühungen zu verzeichnen hat, den jahrhundertlang schwer vernachlässigten Süden durch ein umfassendes wirtschaftliches und kulturelles Reorganisations-werk an die höher entwickelten mittleren und nördlichen Provinzen heranzuführen. Diese Bemühungen erfüllen nicht nur die wirtschaftlichen Voraussetzungen der im Faschismus neu verkörpert italienischen Einheit. Sie verstärken auch die Brückenköpfe des wirtschaftlichen und politischen Kraftfeldes, in dem die faschistische Außenpolitik ihre ausstrahlendsten Entfaltungsmöglichkeiten findet. Unter dem verwirrenden Eindruck der europäischen Verwicklungen kann man allzu leicht vergessen, daß die Grundrichtung der italienischen Außenpolitik in ihren wesentlichen Elementen von der Anziehungskraft des Mittelmeeres und seiner östlichen und südlichen Randländer bestimmt werden. Hier liegt das Schwerkraftzentrum, von hier aus orientieren sich immer wieder die Entscheidungen, und gerade hier ist in der Flottenfrage, in Syrien, in Abyssinien und in Tunis das wichtigste Feld eines italienisch-französischen Ausgleichs zu suchen. Die große propagandistische Bedeutung, die der Levante-Messe von Bari beigemessen
